



ANTIBERLINER

Kampfblatt für Naturfreunde // Nr. 23 // August/September 2009

- | | | |
|---|---|---|
| 2 REMEMBER. Vor 70 Jahren begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg | 4 RECYCLE. Der New Green Deal soll das Klima retten, ist aber die gleiche Scheisse in grün | 6 REVOLT. Im Iran kämpft eine neue Generation gegen die theokratische Diktatur |
|---|---|---|



■ In eigener Sache



Der Anti-berliner ist eine Zeitung für linke Politik

und Kultur, die alle zwei Monate erscheint und kostenlos in Berlin verteilt wird. Oft werden wir verständnislos nach unserem Namen gefragt und was wir denn gegen die Berliner hätten. Dabei leben wir sogar sehr gern in Berlin. Ihren Namen hat die Zeitung vom ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen, der die Kreuzberger als »Antiberliner« brandmarkte, nachdem sie am 1. Mai 1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeit ohne Polizei zu feiern. Ein Ehrentitel also für anständige Berliner ...

■ Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de www.antiberliner.de
- Unterstützt von: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



Gedenkpolitik á la BRD

Im offiziellen Erinnerungsdiskurs wird gerade vieler Daten gedacht – sowohl der 60ste Jahrestag der Gründung der BRD als auch der 20ste Jahrestag der sogenannten friedlichen Revolution, die die Mauer zum Einsturz brachte, bestimmen im Jahre 2009 maßgeblich die öffentliche Wahrnehmung. Tenor in beiden Fällen ist die Darstellung der BRD als demokratischen Vorzeigestaat, der aus den Verbrechen des Nationalsozialismus gelernt hat



Deutsche Soldaten zerstören auf einem gestellten Foto einen polnischen Schlagbaum bei Gdańsk

Im Vordergrund des gegenwärtigen erinnerungspolitischen Diskurses stehen somit Daten, die ein positives Selbstbild von Deutschland mitformen. Das Unterstreichen dieser historischen Ereignisse sorgt dafür, dass andere geschichtliche Daten zusehends in den Hintergrund treten. Durch die derzeit öffentlich hervorgehobenen Tage findet hier eine Verschiebung bisheriger Bezugsdaten statt, die letztlich zu einer Verschiebung des vorherrschenden Konsenses beiträgt. Jahrzehntlang stand im Mittelpunkt der erinnerungspolitischen Maßnahmen die Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus. Zu Recht! Die Verbrechen der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Entsprechend stellte der 1. September nach dem Ende des Faschismus ein zentrales Datum dar, an dem sich der Widerstand

gegen Krieg und Faschismus artikuliert.

Ein bedeutendes Datum

In diesem Jahr jährt sich am 1. September der Überfall auf Polen durch Nazideutschland zum 70sten Mal. Dieser war der Auftakt zum Zweiten Weltkrieg. Von Anfang an herrschte die Logik der Vernichtung: In der Art und Weise der Kriegsführung gegen Polen war die Barbarei des Holocaust angelegt, die ersten Vernichtungslager befanden sich auf polnischem Boden. Schon in den 1920iger Jahren erklärte Hitler die Gewinnung von »Lebensraum im Osten« zum entscheidenden Politikziel. Den Kern der NS-Ideologie bildete der »Kampf ums Dasein« zwischen »höheren und niederen Rassen«, wobei die Polen von den Nazis als slawische »Untermenschen« klassifiziert wurden. Langfristig waren die slawischen Polen zur Vernichtung durch

Zwangsarbeit, die angeblich »deutschblütigen« Polen zur vollständigen Assimilation bestimmt.

Internationale Verflechtung

Am 28. April 1939 kündigte das Deutsche Reich den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934 auf. Am 22. August erläuterte Hitler der Wehrmachtsführung seine Kriegsziele für den bevorstehenden Angriff auf Polen: Bei der »Lösung der Ostfrage« stehe »die Vernichtung Polens« im Vordergrund, dazu sei die »Beseitigung der lebenden Kräfte« erforderlich. Am 23. August 1939 folgte der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt, dessen geheimes Zusatzprotokoll die Interessengebiete aufteilte. Demnach sollten Ostpolen und das Baltikum unter sowjetische Verwaltung fallen, der westliche Teil an das Deutsche Reich. Die Westmächte hatten lange damit spekuliert, dass ein Angriff Nazideutschlands Rich-

tung Osten der verhassten Sowjetunion Macht und Einfluss nehmen würde und verhielten sich zögerlich. Diese fatale Fehleinschätzung der Gefahr kann nur durch den massiven Antikommunismus erklärt werden, der sich nach 1945 weiter zum Kalten Krieg entwickelte. Zwar forderten Frankreich und Großbritannien ultimativ den sofortigen Rückzug aller deutschen Truppen aus Polen. Und als Hitler dies ablehnte, erklärten beide Staaten dem Deutschen Reich am 3. September sogar den Krieg. Eine Offensive der Westmächte blieb aber trotz der Zusagen gegenüber Polen aus.

fechtenden Truppe« und die weitgehende »Vernichtung der polnischen Intelligenz« durchzusetzen. Nach Fahndungslisten ermordeten sie bis Ende 1939 etwa 60.000 polnische Bürger, darunter überproportional viele Lehrer, Ärzte, Juristen, Professoren, Priester und Bischöfe sowie Vertreter von Parteien und Gewerkschaften der polnischen Arbeiterbewegung. Die deutsche Besatzungspolitik zielte auf eine rasche »Germanisierung« Polens. Bis Ende 1945 wurden etwa 900.000 Menschen in den annektierten Gebieten des Nachbarstaates vertrieben. Die verbleibenden Juden wurden in den Vernichtungslagern der Nazis ermordet.

Erinnerung als Pflicht

Der Deutsche Faschismus kostete mehr als 50 Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg das Leben. Allein 6 Millionen jüdische Menschen und 100.000 Sinti und Roma wurden industriell ermordet. Die Erinnerung an den Beginn dieses Vernichtungskriegs

darf nicht untergehen, verdrängt oder gar vergessen werden. Entsprechend wurde am 1. September 1957 zum ersten Mal in der BRD der »Antikriegstag« begangen. Aufgerufen dazu hatten die Antimilitaristische Aktion, ein Bündnis der Sozialistischen Jugend – Die Falken, der Solidaritätsjugend, der Naturfreundejugend und der Verband der Wehrdienstverweigerer. Unter der Losung »Nie wieder Krieg« wurde dieser Tag in den folgenden Jahrzehnten immer wieder von den Gewerkschaften und der Friedensbewegung genutzt, um dem Unmut gegen die Remilitarisierung der BRD, den Nato-Doppelbeschluss oder die Kriegseinsätze der Bundeswehr Ausdruck zu verleihen. Nie wurde der Antikriegstag ein öffentlicher Gedenktag und gerade heute anlässlich des 70. Jahrestages des Überfalls auf Polen ist es nur gerecht laut zu fragen: Wo ist die große Trauerfeier, die den Beginn der größten Barbarei der Menschheitsgeschichte thematisiert?

■ **Do: Antikriegstag**
Zum fünften Mal in Folge wollen Neonazis anlässlich des Antikriegstages durch Dortmund marschieren. Sie mobilisieren für den 5. September 2009 zu einem »nationalen Antikriegstag« in die Ruhrmetropole. In den letzten Jahren hat sich der Aufmarsch zum wichtigsten bundesweiten Event der »Autonomen« Nationalisten entwickelt. Zuletzt hatten am 1. Mai 2009 über 400 Neonazis eine Gewerkschaftsdemonstration brutal angegriffen. Umso wichtiger ist es nun, die Proteste gegen den Naziaufmarsch zu unterstützen und nach Dortmund zu fahren.
◆ Anreiseinfos gibt es unter: www.antifa.de

■ **BRD im Krieg**
4.000 Soldaten der Bundeswehr sind noch immer am Hindukusch stationiert. Viele Afghanen nehmen sie jedoch nicht als die Aufbauhelfer wahr, als die sie in der BRD präsentiert werden und so werden die deutschen Soldaten immer öfter zum Ziel von Angriffen. Sie sehen sich deshalb seit Anfang des Sommers legitimiert mit Panzern und Granaten gegen »Aufständische« vorzugehen. »Verteidigungs«minister Franz Josef Jung will jedoch bis heute nicht von einem Kriegseinsatz sprechen.



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Die Hälfte von Null«

An der Börse werden nur solche Unternehmen belohnt, die ihr Handeln ausschließlich an Kundenbedürfnissen und Markterfordernissen (...) ausrichten.«

Eigentlich eine Binsenweisheit, die der Bahnvorstand in einer Broschüre zum geplanten Börsengang da verbreitet. Gerade die Kundenbedürfnisse beeinflussen schließlich die Aktienkurse. Was sollte auch sonst an dieser Börse geschehen, wenn nicht die besten Unternehmen (also solche, die die Menschheit gerade mal wieder um Längen nach vorne brachten) dafür belohnt und die schlechteren (also solche, die gierig nur an sich selber dachten) abgestraft würden. Deshalb drängt es natürlich viele Unternehmen an die Börse, um endlich beim großen Gerechtigkeits-Rating mitmachen zu können.

So auch die Bahn. Gestartet war sie aus den hinteren Reihen, gebremst durch die Leiber schlafender Beamter, die auf die Bremsklötze drückten. Doch der Wille zur

Veränderung war da und so konnte der inzwischen in Ehren pensionierte Bahnchef noch kürzlich verkünden: »Die Bahn von heute hat mit der von gestern nichts mehr zu tun.« Denn: »Wir haben aus dem Unternehmen Bahn einen Dienstleister gemacht und den Kunden in den Mittelpunkt gestellt.« Was liegt da also näher, als sich von der Allgemeinheit seine Beliebtheit an der Börse, dem Herzen der Demokratie, bestätigen zu lassen? Schließlich habe »der Umbau der früheren Behörde seit 1994 zwar viele Opfer gefordert.« Heute arbeite man dafür mit der Hälfte der einstigen Belegschaft doppelt so effizient. Mal nachgerechnet bedeutet das dieser Tage bei der Berliner S-Bahn, dem Tochterkonzern, am Standort Berlin Alexanderplatz: Von heute Null Zügen/Tag fuhr damals nur die Hälfte! Schlechte Zeiten waren das damals. Und irgendwie hört sich das so an, als gäbe es noch einiges an Einsparpotential. Mein Tipp: Bei den Ticketkontrollen. Zurückbleiben, bitte!

Green New Deal – ökologisch transformierter Kapitalismus?

Die Finanzkrise ist erwachsen geworden und präsentiert sich heute als noch nicht ganz ausgereifte Wirtschaftskrise. Doch noch vor einem halben Jahr hat eine andere Krise die Titelblätter in Beschlag genommen – die Krise im Treibhaus. Angesichts insolventer Banken und strauchelnder Schlüsselindustrien im globalen Norden rückte sie aus dem Rampenlicht im bürgerlichen Blätterwald. Doch wer die Klimawandeldebatte für einen Medienhype hält, unterschätzt die weitreichenden Folgen der globalen Erwärmung

Die Verzweigung der Klimakrise mit anderen akuten Krisen wie der Energie- oder Nahrungskrise deutet ebenfalls darauf hin, dass das Thema nicht einfach in der Mottenkiste verschwindet. Die Doppelkrise von Ökonomie und Ökologie brachte einen wahren Boom von New Deal Projekten mit Bezügen auf Franklin D. Roosevelt hervor. Die Projekte sind bestimmt nicht identisch, doch sie verbindet die Vorstellung, dass staatliches Handeln die Lösungen für relevante gesellschaftliche Probleme einleiten und zugleich Machtkonstellationen dauerhaft verändern soll. Teile der Obama-Administration, die Grüne Partei oder transnationale Konzerne wie E.ON, Nike und Hewlett-Packard erhoffen sich durch einen Green New Deal neue Wachstumsimpulse und einen ökologischen Innovationsschub, indem beide Krisen produktiv mit miteinander bearbeitet werden.

Der Green New Deal (GND), um den sich die Debatte hierzulande dreht, wird seit 2007 von der Green New Deal Group (New Economics Foundation), bekannten Journalisten wie Thomas L. Friedman und in Westeuropa besonders von den Grünen vorangetrieben. Auf internationaler Ebene wird ein ähnliches Konzept auch im Umweltprogramm der UNO (UNEP) diskutiert.

Hinter den Konzepten verbirgt sich im Wesentlichen ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm, welches den Sprung in Richtung einer nachhaltigen Ökonomie ermöglichen soll. Konkret geht es um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die ökologische Sanierung von Gebäuden, Förderung erneuerbarer Energien und umweltfreundlicher Technologien. Außerdem soll dem globalen Kapitalismus ein globales Regelwerk verpasst werden. Und zu guter Letzt wurde die soziale Komponente hinzugefügt, die in den ersten GND-Papieren ein Leerstelle war. Mehr Chancengleichheit und soziale

Teilhabe durch massive Investitionen in Bildung und berufliche Qualifizierung sind mittlerweile auch Teil des Konzepts.

Neue Karten oder neue Spielregeln?

Ursprünglich bedeutet new deal, dass die Karten neu verteilt werden. Ein kurzer Blick auf den historischen New Deal von Franklin D. Roosevelt (1932) legt nahe, dass nicht nur die Karten neu verteilt wurden, sondern auch nach neuen Regeln gespielt wurde. Strukturelle sozial-politische Veränderungen wie das Verbot von Kinderarbeit, Einführung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung sowie von Mindestlöhnen, waren begleitet von staatlichen Beschäftigungs- und Investitionsprogrammen und der Gewährung gewerkschaftlicher Rechte. Außerdem fanden tiefgreifende Veränderungen in der Marktwirtschaft und im Finanzsystem statt, z.B. durch die Installation einer staatlichen Börsenüberwachung und eines einkommen- und vermögensabhängigen Steuersystems.

Heute, nach etwa 80 Jahren, steht die Welt vor einer Wirtschaftskrise ähnlichen Ausmaßes. Gerade weil infolgedessen immer mehr Menschen klar wird, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein kann, sind einige Strategen fleißig am Werk, die Basis der kapitalistischen Ökonomie – Profit, Wachstum, Privateigentum und Konkurrenz – zu bewahren und die jetzige Form des Kapitalismus in einen Grünen Kapitalismus zu transformieren.

Ralf Fücks, Vorsitzender der Heinrich Böll Stiftung, ist ein führender Denker des GND. Er beschreibt den Kapitalismus als eine zwar gefräßige, aber enorm produktive Wohlstands-Maschine. Entgegen z.B. der Prognose einer finalen Ressourcenkrise, die zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen könnte, findet sich bei ihm ein unerschütterliches Vertrauen in die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus an die jeweiligen historischen, gesellschaftlichen Bedingungen. Der Kapitalismus sei dem-



New Green Deal: Nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, der die Pole schmelzen lässt



nach ein System, was bisher jede Opposition in Innovation umgewandelt hat.

Diese Einschätzung würden wahrscheinlich viele teilen, doch ohne diesen Siegerglanz in den Augen. Denn Elemente von Kritik Sozialer Bewegungen am Kapitalismus wurden auch in der Vergangenheit nicht eins zu eins übernommen, sondern so umgedeutet, dass sie der Legitimation einer entstehenden neuen Form des Kapitalismus dienen konnten. Die grünen Strategen sehen die Krisen als Chance für einen solchen Strukturwandel. Einen Wandel hin zu einer vermeintlichen nachhaltigen Wirtschaftsordnung, in der der Wert der Umwelt eingepreist wird. Ob es neue Spielregeln gibt oder wie diese aussehen könnten, bleibt vorerst unklar.

Magic bullet und die Widersprüche

Schon viele begaben sich auf die Suche nach dem magic bullet, dem Allheilmittel. Mit dem GND sollen nun mind. zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen werden und dabei alte Widersprüche zwischen Ökologie, Ökonomie und sozialen Interessen endgültig aufgelöst werden. Zwei Argumentationskrücken helfen dabei, die Idee zu stützen. Zum einen wird für die beiden Krisen nicht etwa der industrielle Kapitalismus oder seine grundsätzlichen Funktionsweisen verantwortlich gemacht, sondern seine besondere Spielart nämlich der finanzmarktgetriebene Turbo-kapitalismus. Eine Entartung, die durch einen staatlichen Ordnungsrahmen wieder reguliert werden muss. Wer sich aber mit den Ursachen vom menschengemachten

Klimawandel beschäftigt, wird feststellen, dass der deutliche Anstieg von CO₂ (und Äquivalenten) in der Atmosphäre mit dem Zeitalter der Industrialisierung – der intensiven Ausbeutung von Boden, Rohstoffen sowie dem Verbrennen fossiler Rohstoffe – zusammenfällt.

Auch die Krisen durch Überakkumulation sind keine neuzeitliche Entwicklung, die auf den Neoliberalismus zurückgeführt werden könnten. Diese Krisen gehören zum Kapitalismus wie der Zwang immer mehr Profit bei ständigem Wachstum zu produzieren.

Doch wer Wachstum als ein zentrales Problem benennt, kann kaum mit neuer Wachstumsdynamik locken. Aber genau darum geht es beim Green New Deal: grüne Autos, grüne Häuser, grüne Infrastruktur sind die Hoffnungsträger profitabler Investitionen. Mit der Aussicht auf diese Weise der Doppelkrise Herr zu werden, wird der

GND zu einem potentiell hegemoniefähigen Projekt. Er verspricht neue Jobs, neue Anlagemöglichkeiten und Rettung vor dem Klimamachaos. Wer wäre nicht begeistert?

Linke Perspektiven

Was hier kritisiert werden soll, ist sicher nicht das Bemühen, Wege aus den verschiedenen Krisen zu suchen. Die Kritik wendet sich vielmehr gegen den trügerischen Technik- und Steuerungsoptimismus, gepaart mit einem Pragmatismus, der Ursachen und Widersprüche der Krisen schlicht ausblendet. Derzeit scheint der GND der einzige Ansatz zu sein, der soziale wie ökologische Fragen einbezieht. Deshalb sollten wir dazu eine Position entwickeln. Darüber hinaus ist es aber viel wichtiger eigene Strategien zur (klima)politischen Intervention in die aktuelle Krisensituation zu entwickeln. Sicher, grüner Kapitalismus ist kapitalistisch und daher abzulehnen. Doch ein mobilisierungsfähiges Konzept, was dem GND ernsthaft etwas entgegensetzen kann, verlangt mehr.

Mit dem Fokus auf die COP15, die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009, wurden in den letzten Monaten De-



Mayday-Demonstration am 1. Mai 2009 in Berlin

batten über antikapitalistische Positionen in der Klimapolitik begonnen. Im Zentrum steht die Ablehnung der false solutions, der marktbasierten Lösungen, also der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls. Anstelle dieser falschen Lösungen geht es um Klimagerechtigkeit, Ernährungssouveränität und darum, die fossilen Ressourcen im Boden zu belassen.

Hinter diesen Schlagworten ver-

bergen sich Ideen von einer dezentralen, sozial-ökologischen Energieversorgung, Bewegungsfreiheit durch kostenlose öffentliche Verkehrsmittel, eine andere Landwirtschaft und vieles mehr.

Klar ist, wenn sich die WTO Ende November 2009 in Genf trifft – zehn Jahre nach Seattle – und eine Woche später die UN-Klimakonferenz beginnt, Weichen gestellt werden für die zukünftige Entwicklung der globalen Verhältnisse. Diese Auseinandersetzungen sollten wir nicht ignorieren, sondern uns vielmehr mit radikalen Positionen einmischen.

Ines Koburger [Gegenstrom Berlin]

◆ Mehr dazu: ak 536, Überlegungen zum Green New Deal im Angesicht der (grünen) Krise | ak 534, Klimapolitik in der Krise | rls Standpunkte 11/2009, Die Green New Deals – Positionen von links

■ Aufarbeitung

Zwanzig Jahre nach dem Ende der Stroessner Diktatur in Paraguay (1954-1989) wurde jetzt das erste geheime Grab mit Überresten von mindestens zwei Regimegegnern gefunden. Die Knochenreste waren Ende Juli auf dem Grundstück einer Sonderereinsatzstelle der Polizei im Hauptstadtviertel Bañado Tacumbú geborgen worden. Diese Entdeckung stellt einen entscheidenden Schritt für die Menschenrechtler und Opferverbände in dem postdiktatorischen Paraguay dar. Laut der »Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit«, die 2003 ins Leben gerufen wurde, »verschwanden« während der Diktatur 336 Menschen, 20.000 wurden willkürlich festgenommen, 18.000 gefoltert und mind. 59 hingerichtet.

■ Freiheit statt Angst

Am Samstag, den 12. September 2009 werden um 15 Uhr am Potsdamer Platz in Berlin Bürgerrechtler unter dem Motto »Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!« zu einer bundesweiten Demonstration auf die Straße gehen.

Auf der Demo wird es auch einen antikapitalistischen Block geben. Dieser wird auch die zunehmende Repression gegen linke Aktivisten in Berlin thematisieren.

Iran: Die große Revolte

Im Iran erleben wir derzeit einen großen Aufstand. Die Bilder erinnern sehr an die Monate vor der Revolution von 1979. Die Massen werden auf der Straße von Paramilitärs gejagt und erschossen, in den Gefängnissen herrscht der schlimmste Terror, mit unter Folter ermordeten Jugendlichen, und dennoch machen die Leute weiter. Die große Angst vor dieser theokratischen Diktatur ist gebrochen

Die Revolte ist nicht von Himmel gefallen. Seit den 90er Jahren schlitterte der Iran in eine große gesellschaftliche Krise. Nach dem Ende des langen Krieges gegen den Irak 1988 kamen die inneren Widersprüche der Gesellschaft immer stärker an die Oberfläche. Eine neue Generation – Zweidrittel der Menschen im Iran sind unter 30 Jahre alt – erlebte ein Land, in dem statt der Versprechen der Revolution von 1979 ein alltäglicher politischer und kultureller Terror vorherrschte. Die allgemeine soziale Lage der Bevölkerung war katastrophal, während sich eine neue Klasse an klerikaler Oligarchie immens bereicherte. Zu dieser neuen Klasse zählt auch Ahmadineschad. Hinter ihm stehen der ideologische Militärapparat und ein radikal-fundamentalistischer Flügel im Klerus. Unter seiner Präsidentschaft wurde im Iran heftig weiter privatisiert, wodurch sich der militärische Machtapparat massiv bereicherte. Kurz vor der Wahl stellte sich Ahmadineschad zwar sehr populistisch als sozial dar: Er erhöhte die Löhne für einige Arbeiter und Rentner und ließ auf dem Land Kartoffeln verteilen. Aber so dumm waren die Leute dann auch nicht.

Rebellion im Nahen Osten

Vor zehn Jahren hatten die Studierenden zum ersten Mal wieder rebelliert. Das war wie ein Fanal, danach beherrschten soziale Konflikte das Land. Die Studierenden radikalisierten sich zuse-

hend, eine neue Arbeiterbewegung fasste neuen Mut, und eine neue Frauenbewegung trat hervor.

Der jüngste Wahlbetrug Ahmadineschads wirkte dann wie eine Kriegserklärung und war der Anlass dafür, dass die angestaute Unzufriedenheit explodierte. So brennen inzwischen im armen Süden Tehrans genauso die Barrikaden wie im reicheren Norden. Die Vorhut der Revolte stellen jedoch eher die gebildeten Jugendlichen. Im Iran besuchen mehr Leute pro Kopf eine Universität als in Deutschland, und die Mehrzahl der Studierenden ist weiblich. Die Bewegung ist basisdemokratisch organisiert. Sie verabreden sich über das Internet und auch über die Dächer Teherans. Hier versammeln sie sich fast jede Nacht und rufen Parolen oder zu Aktionen auf.

Die Oppositionspolitiker Musawi und Karrubi haben sich inzwischen hinter die Bewegung gestellt, wenngleich sie selbst eigentlich aus den Tiefen des Systems kommen. Jedoch haben die Reformunfähigkeit des Systems, welches sich durch den Wahlbetrug Ahmadineschads zeigte, und der Kampf der Leute auf der Straße, ihnen den Weg zurück ins Establishment komplett versperrt.

Wem gehört die Straße?

So kommt ein richtiger Massenaufstand mit einer tiefen Spaltung der Elite zusammen – eine gute Mischung für eine Revolution. Das Land wird sich sicher nicht mehr beruhigen, ohne ein Massaker historischen Ausmaßes. Die internationalistische Linke sollte ihre Passivität endlich aufgeben und sich aktiv mit dieser Revolte solidarisieren.

Sie kann viel gewinnen, denn der Nahe Osten würde sich durch den Erfolg dieses Protestes sehr zum Positiven verändern – die anderen Diktaturen würden auch destabilisiert und der Islam als Ideologie des Widerstands würde seine Hegemonie verlieren. Endlich würde ein großes Fenster geöffnet, damit die Linke und die sozialen Bewegungen wieder zu einer relevanten Machtfaktor werden könnten.

Pedram Shahyar



Wahlbetrug als Kriegserklärung

◆ Mehr: www.nyi-berlin.net

Nazischweine auf dem Viehmarkt

Am 12. September wollen die Jenaer Neonazis und ihre europäischen Mitstreitenden auf dem Viehmarkt in Pößneck ihr fünftes »Fest der Völker« feiern. Das Event für ein »Europa der Vaterländer« wird von ihnen mit einer vermeintlich antikapitalistischen Rhetorik beworben. Dahinter findet sich jedoch das alte NS-Weltbild

Demnach stünden »unsere Regierungen« im Dienst der »internationalen Hochfinanz«, die uns zu »heimatlosen Wanderarbeitern« machen will. Diese in Neonazi-Kreisen immer wieder reproduzierten Textbausteine dienen ihnen als Kodierung der klassisch antisemitischen Verschwörungstheorie vom »Weltjudentum«, das angeblich überall »die Strippen zieht« und die Völker zerstören will. Dass die Jenaer Neonazis mit dem »Nationalen Sozialismus« auch den gleichen Lösungsansatz wie ihre Vorbilder vor fast 80 Jahren propagieren, verwundert daher nicht.

Trotz massiver Proteste, Blockaden und Verbotsversuchen in Jena und Altenburg hat das »Fest der Völker« inzwischen eine unerträgliche Kontinuität erreicht. In den letzten vier Jahren hat sich die Teilnehmerzahl von anfänglichen 500 Neonazis zwischenzeitlich mehr als verdreifacht (2007: 1.700 Teilnehmer), während im letzten Jahr ein leichter Rückgang zu verzeichnen war (1.200 Teilnehmer).



Die Art von Neonazi findet man nur noch selten – es sei denn es gibt Rechtsrock

Diese Tatsache lässt sich allerdings nicht auf mangelnden Zuspruch zurückführen, sondern auf einen Mobilisierungsfehler der Organisatoren.

Ursprünglich wollten sie das »Fest der Völker« bis 2015 als festes Event in Jena stattfinden lassen. Doch der massive Widerstand eines breiten Bündnisses aus linksradikalen und zivilgesellschaftlichen Gruppen zwang die Neonazis im letzten Jahr ihre Veranstaltung kurzfristig in eine kleinere Thüringer Stadt zu verlegen. Im Vorfeld hatten mehr als 700 Men-

schen in der »Jenaer Erklärung« namentlich angekündigt, das rechte Event mit Blockaden zu verhindern.

Der Umzug der Neonazis erschwert die antifaschistische Mobilisierung. Während der Beginn des »Fest der Völker« 2007 in Jena durch 3.000 Gegendemonstranten um mehrere Stunden verzögert werden konnte, begaben sich 2008 »nur« noch 2.000 Menschen nach Altenburg, um das »Fest« zu blockieren. Diese Tendenz ist bedenklich, denn die Veranstaltung wirft durch Eintritts- »Spenden« und Merchandise geschätzte 20.000 Euro für die NPD und andere neonazistische Strukturen ab. Nach dem lukrativen »Rock für Deutschland« im Juli 2009 in Gera mit 4.000 teilnehmenden Neonazis und einem geschätzten Gewinn von 60.000 Euro ist in diesem Jahr auch für das »Fest der Völker« ein Aufschwung zu erwarten. Zumal in Pößneck durch das »Schützenhaus« von Jürgen Rieger bereits vorhandene Infrastruktur genutzt werden kann.

◆ Mehr: www.jena.antifa.net

■ Nazihausbesetzung



Bereits bis 1998 hatte es in der Südheide, in Hettendorf ein »Nationales Schulungszentrum« gegeben. Jetzt besetzten Neonazis der »Kameradschaft 73« aus Celle im Namen Jürgen Riegers über zwei Wochen ein ehemaliges Hotel. Erneut wollten sie ein »nationales Schulungszentrum« errichten. Derzeit sieht sich Rieger im Besitz eines Pachtvertrags, geschlossen mit der ihm nahe stehenden Eigentümerfamilie Hennies. Aufgrund hoher Schulden unterliegt das Haus jedoch einem Zwangsverwalter, der den Vertrag aufgrund der niedrigen Pacht als sittenwidrig betrachtet. Das Lüneburger Landgericht bestätigte diesen Standpunkt zuletzt, die Nazis mussten gehen. Doch die Gefahr ist nicht gebannt: Rieger spekuliert mit hohen Summen. Er bietet fast das Doppelte des Verkehrswerts als Kaufpreis. Zieht die Gemeinde mit, teilt er sich wohl das Geld mit den Eigentümern. Bleibt er Höchstbietender, gibt es bald ein aus fünf Bundesländern schnell erreichbares Nazinest in der Südheide.



Jürgen Rieger



Der 63-jährige Jürgen Rieger ist ein unter Neonazis und Holocaustleugnern äußerst beliebter Anwalt. Er verteidigt sie jedoch nicht nur in Strafsachen, sondern tritt auch als Anmelder wichtiger Neonazigrößveranstaltungen auf.

So fungierte er jahrelang als Verantwortlicher der seit 2005 verbotenen, jährlichen Aufmärsche für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess. Auch die Neonazidemonstration am 1. Mai 2008 in Hamburg, aus deren Reihen immer wieder Journalisten attackiert wurden, wurde von Rieger angemeldet. Nachdem er knapp 20 Jahre Hauptfunktionär der rassisti-

schen »Artgemeinschaft« war, wurde er im letzten Jahr zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD gewählt. Schlagzeilen macht Rieger immer wieder mit Immobilienkäufen, die fortan der neonazistischen Infrastruktur dienen sollen. Das Geld dafür soll aus Grundstücksspekulationen und den Vermächtnissen von Alt-Nazis stammen.



Die Sommerpause ist vorbei, und die Ligen eröffnen die Saison. Für fußballhasende Regional-Express-Pendler ein Graus. Für Fans und Soziologen ein Grund, endlich aus dem Urlaub zurück zu kommen. Gänzlich Desinteressierten bietet sich die nächste Chance auf eine meinungsbildende Maßnahme:

◆ **1.FC Union Berlin – Hansa Rostock (21.8.):** Das höchstklassige Spiel von Ex-DDR Oberligaver-einen findet 20 Jahre nach dem Mauerfall in der 2. Liga statt. Die Stimmung: Erstligareif!

◆ **Hansa Rostock – FC St.Pauli (1.11.):** Früher ein Aufeinandertreffen von Ossis auf Wessis und Rechten auf Linken. Heute lassen sich diese Klischees kaum noch aufrecht erhalten, was der Rivalität aber keinen Abbruch tut

Hamburger SV – Werder Bremen (19.12.): Werder kickte den HSV in der letzten Saison innerhalb eines Monats aus den Halbfinals des DFB sowie des UEFA Pokals und siegte dann auch noch in der Liga. Dies wird bestimmt ein Fest der Liebe... so kurz vor Weihnachten.

»Politisch aktiv sein gehört dazu«

Seit fast 10 Jahren machen Irie Révoltés (fröhliche Aufständische) vor wachsender Fangemeinde Musik. Dabei äußern sie sich immer wieder zu politischen Themen oder spielen bei Demonstrationen. Der Antiberliner sprach mit Mal Élévé, einem der Sänger

Ihr besteht aus bis zu neun Leuten – Wie habt ihr euch zusammengefunden?

Früher hatten Felix (Schlagzeug) und ich eine Punkband und wir wollten wieder Musik machen. Wir hatten uns musikalisch über Ska zum Reggae orientiert, deshalb war das neue Projekt dann eher Reggae-Ragga. Im Endeffekt ist es ein Freundeskreis, der sich zusammengeschlossen hat und immer mehr zusammen gewachsen ist.

Was ist eure Motivation Musik zu machen?

Meine persönliche Motivation ist es, mit der Musik Menschen zu erreichen. Wir singen über Themen, die uns beschäftigen und hoffen, dass wir unsere Hörer dadurch zum Nachdenken bringen und eventuell sogar dazu, sich zu engagieren.

Für mich ist Musik ein Sprachrohr, um Leute mit bestimmten Themen zu konfrontieren oder sie in ihrem Denken und Handeln zu unterstützen.

Warum macht ihr politische Texte?
Politisch aktiv sein gehört seit ich zwölf Jahre bin zu meinem



Pablo »Mal Élévé«
Charlemoine ist Sänger
von Irie Révoltés

Leben dazu, und Musik ist dabei ein Weg, auf dieser Welt etwas zu bewegen und zu verändern.

Ich war damals als Punk im AZ (Autonomes Zentrum) Heidelberg und in der Antifa aktiv und habe mit Flüchtlingsinitiativen zusammengearbeitet. Mit der Musik kam für mich ein weiteres Mittel, meine »message« und den politischen Kampf nach außen zu tragen. Wir wollen Menschen motivie-

ren und ihnen Kraft geben. Darum sind wir auch als Band aktiv und unterstützen verschiedene Kampagnen, Projekte und Demos.

Was hat dich damals politisch werden lassen?

Ich denke, einen großen Teil haben meine Eltern dazu beigetragen. Themen wie Krieg und Rassismus waren bei uns zu Hause schon damals präsent und ich erinnere mich: Als kleiner Junge schleppte mein Vater mich immer mit auf Demos. Mit ihm war ich auch öfter in einem Asylbewerberheim – Freunde besuchen – und sah damals schon die unwürdigen Lebensbedingungen der Menschen dort.

Außerdem ist meine Familie ja bunt gemischt was die Herkunft angeht, deshalb war so'n Quatsch wie Nationalstolz eh nie denkbar. Aber so richtig aktiv wurde ich dann als Punk und über das AZ. Ich hatte durch mein Outfit öfter Stress mit Faschos und so kam dann eben der Wille, da was zu ändern...

Was steht aktuell an Veröffentlichungen an?

Nach unserem letzten Album »Voyage« wird im Frühjahr 2010 endlich das nächste Album erscheinen. Schon jetzt gibt es einen neuen Song (»travailler«) mit Video zum Free-download auf unserer Homepage.

Tante Erna heute: Vergessene geschichtliche Tatsachen und Weisheiten

